# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2.— RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,80 RM. zuzüglich Bestellgeld. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten und Postboten, unsere Austräger u. jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg od. sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Geschäftsstelle, nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übern. wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

**Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt**

Nr. 44 — 92. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Dienstag, den 21. Februar 1933


# Oesterreichs Widerstand

## Frankreichs Machtpolitik.

Nicht das erste Ultimatum hat Österreich mit der jetzigen französisch-englischen Note erlebt, die offenbar sehr gegen den Willen ihrer Urheber in die Öffentlichkeit gedrungen ist! Schon vor fast zwei Jahren, als gegen März 1931 die deutsch-österreichischen Zollunionspläne bekannt wurden hat der französische Botschafter in Wien im Auftrage seiner Regierung sehr bald einen starken Druck auf das österreichische Kabinett ausgeübt, einen Druck, der sich dann infolge des Zusammenbruchs der Allgemeinen Kreditanstalt finanziell rasch verstärken ließ und schließlich in der Forderung ausmündete, der damalige für die Vereinbarung jener Pläne verantwortliche Außenminister Österreichs, Dr. Schober, sollte seine Demission geben. Man weiß, daß in dieser Beziehung Frankreich seinen Willen durchzusetzen vermochte. Seitdem stehen die österreichischen Geschicke fortdauernd unter diesem finanziellen Druck von Paris her, und man weiß auch, daß die Unterwerfung Österreichs unter diesen Druck vor kurzem erst wirklich gelang, als es sich verpflichten mußte, praktisch und tatsächlich für mindestens zwei Jahrzehnte alle Anschlußpläne an Deutschland fallenzulassen. Das war die Gegenleistung des Wiener Kabinetts gegen eine neue Völkerbundanleihe, von deren Ertrag Österreich in Wirklichkeit aber so gut wie nichts erhielt.

Die Gewaltpolitik gegenüber einem formell immer noch souveränen Staat, der ja außerdem auch Mitglied des Völkerbundes ist, hat sich in der sogenannten Hirtenberger Waffenaffäre noch insofern gesteigert, als man weder in Paris noch bei den Regierungen der Kleinen Entente es für notwendig erachtete, auch nur den Völkerbundrat für diesen angeblichen Fall einer Verletzung des Vertrages von St. Germain anzurufen. Auch demgegenüber darf daran erinnert werden, daß vor zwei Jahren beim Streit um die Zollunionspläne der ganze Apparat des Völkerbundes einschließlich des Haager Schiedsgerichtshofes in Bewegung gesetzt wurde, man sich also wenigstens äußerlich an den im Völkerbundpakt festgelegten Rechtsweg hielt. Jetzt hielt man sich nicht einmal daran — und diese „Politik in Hemdsärmeln" wurde, was wohl in der neueren Geschichte überhaupt noch nicht vorkam, dadurch beträchtlich verschärft, daß in dem Ultimatum gesagt wurde, eine Mitteilung der österreichischen Behörden über die Durchführung des darin Geforderten genüge nicht, sondern man müsse eine eidliche Versicherung verlangen. Einen Augenblick taucht die Erinnerung auf an eine ähnliche Forderung, die einst vor 62 Jahren der französische Gesandte Graf Benedetti an den König von Preußen, Wilhelm I., in Ems gerichtet hat und die selbstverständlich zurückgewiesen wurde!

Die österreichische Regierung soll also ein Privatgeschäft rückgängig machen und dann unter Eid erklären, das ihr Anbefohlene richtig und wirklich ausgeführt zu haben. Das heißt doch nichts anderes, als daß die französische Regierung das Kabinett Dr. Dollfuß einfach nicht mehr als vertrauenswürdig erklärt. Man riskierte in Paris gar nicht eine Prozeßführung vor dem Völkerbund, weil man einen solchen Prozeß vielleicht hätte verlieren können, vielmehr: ihn hätte verlieren müssen. Nach außen hin tat man so, als wolle man die ganze Angelegenheit auf dem Verhandlungswege aus der Welt räumen, — doch das war eben nur für die ununterrichtete Öffentlichkeit bestimmt! Hinter den Kulissen schlug man mit der bewaffneten Faust auf den Tisch.

Dieser „diplomatische Stil" ist von einer Art, daß man, wie in Wien erbittert hervorgehoben wird, ihn kaum einer rückständigen Kolonie gegenüber anwenden würde; er liegt aber durchaus auf der politischen Linie, die Frankreich zur Zeit mit größter Rücksichtslosigkeit und Energie verfolgt. Wenige Tage nach dem Einigungspakt der Kleinen Entente wurde aus der Hirtenberger Waffenaffäre eine diplomatische Staatsaktion. Man ahnt Zusammenhänge und geht kaum fehl in der Annahme, daß zwischen beiden Vorkommnissen beabsichtigte Zusammenhänge bestehen. Man erinnere sich daran, daß der französische Ministerpräsident Tardieu vor einem Jahr schon mit dem Gedanken des Donaublocks vor aller Öffentlichkeit auftrat, an den sich auch Österreich anzuschließen hätte, und daß schließlich auch Herriot in dieselben Bahnen einschwenkte. Man nimmt Österreich von Paris aus in die Zange, in der Hoffnung und Erwartung, daß das gleiche hinsichtlich Ungarns von der im neuen Organisationspakt geeinten Kleinen Entente besorgt werden kann. Das ist alles eine reine Machtpolitik und hat mit dem Recht der Völker auf Selbstbestimmung nicht das geringste mehr zu tun! Das zeigt aber auch, daß sich die machtpolitischen Spannungen in Europa bedenklich verschärft haben.

Eine derartig bedenkenlose und brutale Verletzung der einfachsten Souveränitätsrechte des österreichischen Volkes, gekleidet noch dazu in eine Form, die verletzend wirken muß und wirken sollte, kann und muß bei den davon betroffenen Völkern aber nur zu dem geraden Gegenteil, also zu einer ganz außerordentlich moralischen, nämlich zu einer nationalen Reaktion gegen eine solche Gewaltpolitik führen.

*

## Wien lehnt die französische Drohnote ab.

Eindeutige österreichische Absage an die Pariser Zumutungen.

**Die österreichische Bundesregierung wird die brutale und beleidigende Note Frankreichs in der Hirtenberger Waffenangelegenheit zunächst nicht beantworten. Wiener Regierungskreise lehnen den Ton und Inhalt der Drohnote als völlig unannehmbar ab und weigern sich insbesondere entschieden, eine eidesstattliche Versicherung in der Angelegenheit abzugeben. Auch sei man entschlossen, die in der Note enthaltene Befristung von zwei Wochen nicht einzuhalten.**

Der österreichische Vizekanzler Winkler erklärte auf einer Landbundversammlung in Klagenfurt, in dem Ultimatum würden Forderungen aufgestellt, die mit der Unabhängigkeit eines Staates unvereinbar seien und im Widerspruch zu seiner Würde ständen. Weiter werde von Frankreich die Auswirkung des Lausanner Anleihevertrages, d. h. die Flüssigmachung der Gelder, von der Erfüllung der in der letzten Not enthaltenen Forderungen abhängig gemacht. Für die ablehnende Haltung der Bundesregierung sind ferner die Äußerungen der christlichsozialen „Reichspost" bemerkenswert, die u. a. schreibt:

„Eine weitere Aktion der österreichischen Regierung in dieser Angelegenheit dürfte billigerweise nicht erwartet werden, bevor sich nicht in allen europäischen Ländern die Überzeugung durchgesetzt hat, daß es unzulässig ist, mit Österreich in einem diplomatischen Stil zu verkehren, der heute selbst gegen eine kulturell rückständige Kolonie nicht mehr am Platze wäre.

**Es wäre ein hoffnungsloses Beginnen, Österreich auf eine Linie drängen zu wollen, die seine tiefe Verbundenheit mit dem Volke und mit den Freunden des deutschen Volkes lockern könnte."**

Die Wiener Regierungskreise sind ferner der Meinung, daß der Hirtenberger Vorfall vor den Völkerbund gebracht werden müsse, da der Genfer Rat in der Frage des Waffentransportes einer Privatfirma zweifellos zugunsten Österreichs entscheiden müßte.

# Neue Beratungen der Reichsregierung

## Wichtige Besprechungen des Reichskabinetts.

Reichskanzler Adolf Hitler ist am Montag, von Köln kommend, wo er in einer Wahlversammlung sprach, wieder in Berlin eingetroffen. Ursprünglich war für Montag nachmittag eine Kabinettssitzung anberaumt, die jedoch mit Rücksicht auf anderweitige Besprechungen, vor allem außenpolitischer Art, auf Dienstag verschoben worden ist.

**Die Tagesordnung der Kabinettsbesprechung am Dienstag weist zunächst wirtschaftliche Fragen auf, die dringend erledigt werden müssen. Weiter werden im Schoße des Reichskabinetts auch personalpolitische Fragen erörtert, die in Kürze spruchreif werden sollen. So wird u. a. ein größerer Personalschub in der Reichskanzlei geplant, doch sollen auch in anderen Reichsressorts weitere Personalveränderungen bevorstehen.**

Großer Wert wird vom Reichsminister Göring, der ja bekanntlich Reichskommissar für das Luftfahrtwesen ist, auf eine möglichst schnelle Konstituierung dieses Luftfahrtkommissariats gelegt. Reichsminister Göring hat bereits genaue Vorschläge für dieses Kommissariat ausgearbeitet, doch konnten sie vom Reichskabinett wegen anderer dringlicher Arbeiten noch nicht verabschiedet werden.

Krupp von Bohlen und Halbach.

### Besprechung mit Industrieführern.

Im Hause des Reichsministers Göring war für Montag nachmittag eine Besprechung mit Industrieführern in Gegenwart des Reichskanzlers Hitler vorgesehen. Zu dieser Besprechung waren u. a. der Präsident des Reichsverbandes der deutschen Industrie, Dr. Krupp von Bohlen und Halbach, sowie der Leiter der Opel-Werke, Geheimrat Wilhelm von Opel, geladen. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß im Mittelpunkt dieser Aussprache eine

Senkung der Kraftfahrsteuer

stand, die ja von Reichskanzler Hitler in seiner Eröffnungsrede auf der Internationalen Berliner Automobilausstellung bereits angekündigt worden ist. Wie bekannt wird, ist bereits der zuständige Referent des Reichsfinanzministeriums beauftragt worden, einen Entwurf für eine Abänderung des Kraftfahrzeug-Steuergesetzes auszuarbeiten, wobei eine Senkung der Besteuerung grundsätzlich angestrebt wird.

### Weitere Neubesetzungen in Preußen.

Wie verlautet, ist für die nächsten Tage mit der Neubesetzung weiterer Polizeipräsidenten- und Regierungspräsidentenposten in Preußen zu rechnen. Für die Posten des Regierungspräsidenten in Arnsberg wird das nationalsozialistische Landtagsmitglied Regierungsrat Dr. Nicolai genannt. Weiter ist die Neubesetzung der Polizeipräsidentenposten in Stettin, Hagen in W. und Breslau zu erwarten.

## Nadolnys Besprechungen in Berlin.

**Der Berliner Aufenthalt des deutschen Vertreters auf der Abrüstungskonferenz, Nadolny, dient, wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, lediglich Besprechungen über das weitere taktische Vorgehen Deutschlands in Genf. Es kann also keine Rede davon sein, daß Nadolny nach Berlin gekommen ist, um sich neue Instruktionen zu holen. Botschafter Nadolny wird Unterredungen mit dem Reichswehrminister und dem Reichsaußenminister haben. Ob auch eine Besprechung mit dem Reichskanzler stattfindet, steht noch nicht fest. Sicher ist jedenfalls, daß der Reichskanzler von den beiden zuständigen Ministern über die Unterredungen mit Nadolny eingehend unterrichtet wird.**

An zuständiger Stelle in Berlin werden die in der Öffentlichkeit aufgetauchten Gerüchte, die von einer Krise der Abrüstungskonferenz sprechen, nicht geteilt; um so weniger, als irgendwelche grundsätzlichen Entscheidungen in Genf nicht unmittelbar bevorstünden. Botschafter Nadolny wird nach seiner Rückkehr nach Genf voraussichtlich beantragen, daß der Vorschlag des französischen Luftfahrtministers Pierre Cot zur Vereinheitlichung der Heeresorganisation nicht dem Hauptausschuß, sondern zunächst dem Effektivausschuß überwiesen wird.

## Paris sabotiert jede Luftabrüstung.

**Energischer Protest Deutschlands im Genfer Luftfahrtausschuß.**

Im Luftfahrtausschuß der Abrüstungskonferenz erhob der deutsche Vertreter, Ministerialdirektor Brandenburg, energischen Einspruch gegen die von Frankreich inszenierten Verschleppungsmanöver, deren Ziel es ist, Deutschlands Hauptforderungen nach völliger Abschaffung der Militärluftfahrt und uneingeschränktem Verbot des Bombenabwurfes zu sabotieren. Brandenburg erklärte u. a.: Zu seinem größten Befremden müsse er feststellen, daß der Ausschuß wieder den alten abgetretenen Weg endloser Aussprachen über Nebenfragen beschreiten solle.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF